

Mai 2026

Länderbericht

Regionalprogramm Politikdialog Asien Singapur

 KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



Kommunalwahlen auf den Malediven: Belastungsprobe für die Exekutive?

Mohamed Saif Fathih

Die Kommunalwahlen 2026 stellten einen wichtigen Meilenstein in der politischen Entwicklung der Malediven dar. Erstmals wurden die regulären Wahlen zu den Lokalräten mit einem nationalen Referendum kombiniert – dem ersten seit Inkrafttreten der Verfassung von 2008. Die Abstimmung fand in einem zunehmend angespannten politischen Klima statt, das durch den Vorstoß von Präsident Mohamed Muizzu geprägt war, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen künftig zeitgleich abzuhalten. Opposition und zivilgesellschaftliche Akteure kritisierten diesen Vorschlag deutlich, da sie darin die Gefahr einer Schwächung parlamentarischer Kontrollmechanismen und einer weiteren Konzentration exekutiver Macht sehen.

Entgegen den Erwartungen einer niedrigen Wahlbeteiligung lag die Beteiligung bei über 70 Prozent – dem höchsten Wert in der Geschichte der Kommunalwahlen auf den Malediven. Rund 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler lehnten den Vorschlag im Referendum ab. Gleichzeitig sicherte sich die Oppositionspartei, die *Maldivian*

Democratic Party (MDP), landesweit den größten Stimmenanteil und gewann die meisten Sitze in den Lokalräten.

Die Ergebnisse stellen einen bedeutenden politischen Rückschlag zur Halbzeit der Amtsperiode für die regierende *People's National Congress (PNC)* dar. Zugleich verdeutlichen sie ein erneutes öffentliches Interesse an verfassungsrechtlichen Fragen, eine wachsende Skepsis gegenüber politischer Machtkonzentration sowie zunehmende Bedenken hinsichtlich klientelistischer Strukturen und der Ausweitung staatlicher Einflussnahme.

Hintergrund

Die Malediven verfügen über ein präsidentielles Regierungssystem, das mit der Verfassung von 2008 eingeführt wurde. Diese leitete nach Jahrzehnten zentralisierter Herrschaft unter Präsident Maumoon Abdul Gayoom einen grundlegenden politischen Wandel ein und etablierte Mehrparteiendemokratie, Gewaltenteilung sowie eine stärkere Dezentralisierung der Staatsverwaltung. Die politische Macht wird seither zwischen der Exekutive, dem *People's Majlis* und den lokalen Räten aufgeteilt. Trotz dieser Reformen blieb die politische Autorität jedoch häufig stark im Präsidentenamt konzentriert.

Die geografische Struktur des Landes – nahezu 1.200 über den Indischen Ozean verteilte Inseln – macht lokale Räte zu zentralen Akteuren bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, der Entwicklungsplanung und dem Umweltmanagement. Die Dezentralisierung sollte die starke Ausrichtung staatlicher Entscheidungsprozesse auf die Hauptstadt Malé überwinden, doch die Spannungen zwischen Zentralregierung und lokalen Behörden blieben bestehen. Die lokalen Räte wurden im Jahr 2010 durch das Dezentralisierungsgesetz nach intensiven politischen Debatten geschaffen. Ihre Kompetenzen unterlagen jedoch wiederholt politischen Veränderungen: Unter Präsident Abdulla Yameen (2013–2018) wurden sie geschwächt, unter der Regierung der *Maldivian Democratic Party (MDP)* im Jahr 2019 gestärkt und seit dem Amtsantritt von Präsident Mohamed Muizzu im Jahr 2023 erneut beschnitten – unter anderem durch die Abschaffung der Atollräte.

Vor diesem Hintergrund kam den Kommunalwahlen vom 4. April 2026 eine ungewöhnlich hohe politische Bedeutung zu. Parallel zu den Wahlen initiierte Präsident Muizzu das erste nationale Referendum seit Inkrafttreten der Verfassung von 2008. Ziel war es, die Zustimmung der Bevölkerung zur zeitlichen Zusammenlegung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen einzuholen.

Wahlergebnisse und politische Auswirkungen

Die Stimmabgabe für die Kommunalwahlen 2026 und das nationale Referendum fand am 4. April 2026 statt. Landesweit waren 294.876 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Die Wahllokale waren ursprünglich von 8:00 bis 16:00 Uhr geöffnet, in mehreren Wahlkreisen wurde die Abstimmung aufgrund des unerwartet hohen Andrangs jedoch bis 17:00 Uhr verlängert. Insgesamt kamen 588 Wahlurnen im gesamten Land zum Einsatz.

Gewählt wurden Inselräte, Stadträte sowie die Frauenentwicklungskomitees (*Women's Development Committees*). Insgesamt standen 865 Mandate zur Wahl. Davon entfielen 629

Sitze auf Inselräte in 179 Inselgemeinden, 184 Sitze auf die Frauenentwicklungskomitees sowie 52 Sitze in den fünf Stadträten des Landes. Entgegen den Erwartungen einer geringen Wahlbeteiligung stieg die Beteiligung auf 73,6 Prozent beziehungsweise 217.024 Wählerinnen und Wähler an – der höchste jemals bei Kommunalwahlen auf den Malediven verzeichnete Wert.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen bedeuteten einen erheblichen Rückschlag für den regierenden *People's National Congress* (PNC). Die Oppositionspartei *Maldivian Democratic Party* (MDP) gewann sämtliche fünf Bürgermeisterwahlen, wobei alle amtierenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihre Ämter mit deutlichen Vorsprüngen verteidigten. In Malé erhielt Bürgermeister Adam Azim 45,21 Prozent der Stimmen und setzte sich damit gegen den PNC-Kandidaten Moosa Ali Jaleel durch, der 30,12 Prozent erreichte. Darüber hinaus gewann die MDP alle fünf Vorsitzposten der Frauenentwicklungskomitees in den Städten des Landes.

Auch landesweit ging die MDP als stärkste politische Kraft aus der Wahl hervor. Sie erzielte 42,9 Prozent der Stimmen und gewann insgesamt 246 Sitze. Der regierende PNC kam auf 38,9 Prozent und 218 Sitze. Unabhängige Kandidatinnen und Kandidaten schnitten ebenfalls bemerkenswert erfolgreich ab und errangen 81 Sitze bei einem Stimmenanteil von 13 Prozent. Kleinere Parteien wie die *Maldives Development Alliance* (MDA), die *Jumhooree Party* (JP) und die *Adhaalath Party* (AP) konnten hingegen nur begrenzte Erfolge verzeichnen. Obwohl der PNC in kleineren Inselwahlkreisen weiterhin konkurrenzfähig blieb, erreichte die MDP in allen fünf Stadträten eine arbeitsfähige Mehrheit. Diese Städte vereinen zusammen mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes. Der Regierungspartei gelang es landesweit lediglich, sechs der insgesamt 52 Stadtratssitze zu gewinnen.

Auf Ebene der Inselgemeinden fiel das Bild differenzierter aus, blieb insgesamt jedoch ungünstig für die Regierung. Die MDP gewann 70 Vorsitzposten in Inselräten und lag damit knapp vor dem PNC mit 69 Sitzen, darunter ein Mandat ohne Gegenkandidatur. Unabhängige Kandidaten errangen 25 Vorsitzposten. Die *Jumhooree Party* konnte ihre Hochburg Maamigili behaupten, während kleinere Parteien wie *The Democrats* und die *Maldives Development Alliance* vereinzelt Erfolge verbuchten.

Das Wahlergebnis wird weithin als bedeutender politischer Rückschlag zur Mitte der Amtszeit von Präsident Mohamed Muizzu und seiner Regierungspartei PNC gewertet. Innerhalb der Regierungspartei wird die Entscheidung, das Referendum zeitgleich mit den Kommunalwahlen abzuhalten, zunehmend als strategische Fehleinschätzung betrachtet. Anstatt eine routinemäßige Kommunalwahl zu bleiben, entwickelte sich die Abstimmung zu einem breiteren Urteil über die Leistung der Regierung. Der Verfassungsvorschlag scheint eine große „*schweigende Mehrheit*“ mobilisiert zu haben – darunter viele politisch unabhängige Wählerinnen und Wähler –, deren Ablehnung des Referendums sich zugleich in Stimmenverlusten für die Regierungspartei auf lokaler Ebene niederschlug.

Das Referendum

Das Referendum fokussierte sich auf die Frage, ob Präsidentschafts- und Parlamentswahlen künftig gleichzeitig abgehalten werden sollten. Rasch entwickelte sich diese Frage zum zentralen Thema des Wahlkampfes. Während Oppositionspolitiker, Verfassungsrechtler und zivilgesellschaftliche Organisationen argumentierten, dass eine Synchronisierung der Wahlen

die demokratische Rechenschaftspflicht schwächen würde – da Regierungen seltener dem Urteil der Wählerschaft ausgesetzt wären und das unabhängige Mandat des Parlaments an Bedeutung verlöre –, betonte die Regierung die potenziellen Vorteile der Reform. Nach ihrer Darstellung könnten dadurch ab 2028 jährlich mehr als fünf Millionen US-Dollar eingespart, die Wahlbeteiligung erhöht und politische Blockaden verringert werden.

Entgegen den Erwartungen einer geringen Beteiligung lehnten jedoch 68,56 Prozent der Abstimmenden den Vorschlag ab. Damit bleibt es bei der bisherigen Regelung, wonach Präsidentschafts- und Parlamentswahlen getrennt stattfinden. Zugleich wird die aktuelle Legislaturperiode des *People's Majlis* bis Mai 2029 fortgeführt. Das Ausmaß der Niederlage war besonders bemerkenswert, da die Regierung erhebliche staatliche Ressourcen zur Unterstützung des Referendums eingesetzt hatte.

Wahlprozess und Beteiligung

Die Zeit vor den Wahlen war von einer deutlichen Ausweitung staatlicher Einstellungen, Auftragsvergaben und Sozialleistungen geprägt, was die Sorge über die zunehmende Bedeutung klientelistischer Strukturen in der maledivischen Politik weiter verstärkte. Staatsunternehmen beschäftigen derzeit mehr als 37.000 Personen und damit sogar mehr als der rund 34.000 Beschäftigte umfassende öffentliche Dienst. Dies hat Institutionen wie die *World Bank* und den *International Monetary Fund (IMF)* dazu veranlasst, Bedenken hinsichtlich der langfristigen fiskalischen Tragfähigkeit dieser Entwicklung zu äußern. Allein in der Woche vor der Wahl kündigte die *Maldives Transport and Contracting Company (MTCC)* mehr als 1.000 neue Stellen an.

Traditionell basierten die lokalen Wirtschaftsstrukturen der Malediven auf Fischerei, Landwirtschaft und lokalem Tourismus. Die rasche Expansion staatseigener Unternehmen hat jedoch zunehmend zu einer Verlagerung der Beschäftigung in den öffentlichen Sektor geführt und dort zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen, die nur begrenzt Rechenschaftspflichten unterliegen. Viele dieser Stellen werden in der Öffentlichkeit weniger als produktive Beschäftigung denn als Instrumente politischer Patronage wahrgenommen. Berichte über Angestellte, die Gehälter beziehen, ohne klar definierte Aufgaben wahrzunehmen, haben den Eindruck von Ineffizienz und wachsender Abhängigkeit vom Staat zusätzlich verstärkt.

Der Austausch von Arbeitsplätzen und staatlichen Leistungen gegen politische Unterstützung hat sich über mehrere Regierungen hinweg zunehmend etabliert. Diese Entwicklung begann unter Präsident Abdulla Yameen, setzte sich unter Präsident Ibrahim Mohamed Solih fort und hat sich unter Präsident Mohamed Muizzu weiter intensiviert. Als häufig angeführtes Beispiel gilt die *Housing Development Corporation (HDC)*, deren monatliche Lohnkosten Berichten zufolge innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit von 27 Millionen auf über 45 Millionen Maledivische Rufiyaa angestiegen sind.

Gleichzeitig sah sich die Wahlkommission der Malediven mit einer der schärfsten Kritikwellen der vergangenen Wahlzyklen konfrontiert. In mehreren Wahllokalen sollen Wahlurnen direkt auf dem Boden platziert worden sein, was den Abstimmungsprozess insbesondere für ältere Wählerinnen und Wähler erschwerte, die drei separate Stimmzettel ausfüllen mussten. Der Journalist Ali Sulaiman, der Wahlen auf den Malediven seit 2003 beobachtet, erklärte, er habe

in seiner gesamten Laufbahn noch nie eine derart mangelhafte Organisation von Wahllokalen erlebt.

Ausgabenpolitik im Vorfeld der Wahl und politische Strategie

Den Wahlen ging eine Welle staatlicher Ausgaben voraus, insbesondere im Wohnungssektor, was die Debatte über den Einsatz staatlicher Ressourcen in Wahlkampfzeiten weiter anheizte. Ein angekündigter Nachlass von 200.000 Maledivischen Rufiyaa (MVR) auf Wohnungen des Hiyaa-Wohnungsbauprojekts ermöglichte es einigen Mietern faktisch, bis zu zwei Jahre lang keine Mietzahlungen leisten zu müssen. Darüber hinaus wurden in den Wochen vor der Abstimmung mehrere groß angelegte Wohnungsbauprojekte angekündigt.

Oppositionspolitiker und Regierungskritiker werteten diese Maßnahmen als wahlmotivierte Vergünstigungen, die darauf abzielten, im Vorfeld der Kommunalwahlen und des Referendums politische Unterstützung zu sichern. Präsident Mohamed Muizzu wies diese Vorwürfe zurück und betonte, der Zeitpunkt der Ankündigungen sei zufällig gewesen und Teil der langfristigen Entwicklungsstrategie seiner Regierung. Dennoch blieb die öffentliche Skepsis groß. Wiederholte Verzögerungen und mehrfach verschobene Zeitpläne bei Wohnungsbauprojekten haben das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger geschwächt. Zahlreiche Wähler bewerten entsprechende Versprechen inzwischen mit dem Dhivehi-Sprichwort *„der Teufel plant zu heiraten“* – eine Redewendung für groß angekündigte Vorhaben, die letztlich nie verwirklicht werden.

Wohnungs- und Landvergabe gehören auf den Malediven zu den politisch sensibelsten Themen überhaupt. Angesichts knapper Landressourcen und einer hohen Bevölkerungsdichte ist der Zugang zu Wohnraum zu einer zentralen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Frage geworden. Vor diesem Hintergrund wird die Vergabe von Wohnungen und Baugrundstücken häufig nicht allein als Antwort auf sozioökonomische Bedürfnisse wahrgenommen. Vielmehr besteht die weit verbreitete Auffassung, dass politische Loyalitäten und klientelistische Netzwerke einen erheblichen Einfluss auf die Verteilung dieser begehrten Ressourcen ausüben.

Analyse

Das Ergebnis der Kommunalwahlen und des Referendums von 2026 stellt eine bedeutende politische Zäsur für Präsident Mohamed Muizzu dar. Es handelt sich nicht lediglich um einen routinemäßigen Wahldämpfer, sondern um ein deutliches Signal der öffentlichen Stimmung hinsichtlich der zukünftigen Regierungsführung und des institutionellen Machtgefüges. Muizzus Vorschlag, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zeitlich zusammenzulegen, wurde mit einer klaren Mehrheit zurückgewiesen; nahezu sieben von zehn Wählerinnen und Wählern stimmten gegen die Verfassungsänderung. Das Ausmaß dieser Ablehnung reicht dabei über die konkrete Reformfrage hinaus und spiegelt breitere gesellschaftliche Bedenken hinsichtlich politischer Zentralisierung, einer als übermäßig wahrgenommenen Ausweitung exekutiver Macht sowie des allgemeinen Regierungsstils wider.

Das Referendum scheint zudem einen breiten Teil der Wählerschaft mobilisiert zu haben, darunter auch Bürgerinnen und Bürger, die sich unter anderen Umständen möglicherweise weniger aktiv am politischen Prozess beteiligt hätten. Anstatt politische Konflikte zu

entschärfen, entwickelte sich die Vorlage zum zentralen Mobilisierungsthema des Wahlkampfs. Die hohe Wahlbeteiligung bot damit zugleich ein Ventil für eine umfassendere Unzufriedenheit mit der Regierung. Das Ergebnis deutet darauf hin, dass die Regierung ihre politische Strategie überdenken und ihren Ansatz in Bezug auf Verfassungsreformen sowie die öffentliche Kommunikation neu ausrichten muss. Eine der wichtigsten Konsequenzen der Wahl ist die erkennbare Konsolidierung der Oppositionskräfte. Die *Maldivian Democratic Party* (MDP) geht aus der Abstimmung mit gestärkter organisatorischer Schlagkraft und erhöhter Sichtbarkeit hervor und festigt damit ihre Stellung als zentrale Oppositionskraft des Landes. Zugleich haben verschiedene politische Akteure, darunter der ehemalige Präsident Maumoon Abdul Gayoom und weitere oppositionelle Persönlichkeiten, bereits in der Vergangenheit auf die Notwendigkeit einer stärkeren Koordinierung innerhalb des Oppositionslagers hingewiesen. Das Wahlergebnis könnte solche Konsolidierungstendenzen weiter beschleunigen.

Historisch betrachtet hat die maledivische Politik wiederholt gezeigt, dass die MDP – insbesondere Persönlichkeiten aus dem Umfeld von Mohamed Nasheed – erheblichen Einfluss auf Oppositionsnarrative, Mobilisierungsstrategien und den Aufbau politischer Bündnisse ausüben kann. Die jüngsten Wahlergebnisse verleihen dieser Fähigkeit neue demokratische Legitimität. Es ist daher wahrscheinlich, dass die Opposition künftig koordinierter, selbstbewusster und offensiver auftreten und den politischen Druck auf Regierung und staatliche Institutionen kontinuierlich erhöhen wird.

Im politischen System der Malediven bedeutet die Ausübung des Präsidentenamtes jedoch nicht automatisch eine dauerhaft dominante politische Stellung. Ein Präsident kann im Amt bleiben und dennoch aufgrund veränderter öffentlicher Stimmungen und institutioneller Dynamiken zunehmend in seiner politischen Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden. Staatliche Institutionen haben in der Vergangenheit wiederholt gezeigt, dass sie auf politischen Druck und gesellschaftliche Mobilisierung reagieren. Sicherheitsorgane, Parlament, Wahlkommission und in bestimmten Fällen auch die Justiz haben in politisch angespannten Situationen unterschiedliche Grade institutioneller Anpassungsfähigkeit bewiesen. Dies deutet darauf hin, dass institutionelle Stabilität auf den Malediven nicht selbstverständlich ist, sondern wesentlich von den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen abhängt.

Sollte sich dieser Trend fortsetzen, könnte Präsident Muizzu künftig mit einem zunehmend eingeschränkten politischen Handlungsspielraum konfrontiert sein. Ein solches Umfeld wäre geprägt von reaktiver Regierungsführung, wachsender politischer Polarisierung und einer geringeren Flexibilität bei der Umsetzung politischer Vorhaben. Eine zentrale Rolle für die weitere politische Entwicklung wird dabei dem institutionellen Gefüge des Landes zukommen. Insbesondere der Höchste Gerichtshof der Malediven (Supreme Court) bleibt ein Schlüsselfaktor in offenen verfassungs- und institutionenpolitischen Fragen. In der Vergangenheit trat das Gericht in Phasen institutioneller Auseinandersetzungen sowohl als entschiedener Interpret und Verteidiger exekutivnaher Verfassungspositionen auf, zeigte jedoch zugleich Sensibilität gegenüber veränderten politischen Rahmenbedingungen und Fragen öffentlicher Legitimität.

Die zentrale Unsicherheit der kommenden Jahre ist daher nicht allein rechtlicher, sondern vor allem politischer Natur: In welchem Ausmaß werden staatliche Institutionen ihre Positionen

angesichts einer gestärkten Opposition und einer kritischeren Öffentlichkeit aufrechterhalten können? Die politische Entwicklung der Malediven war in der Vergangenheit weniger von kontinuierlicher Stabilität als vielmehr von Phasen institutioneller Behauptung und anschließender Anpassung geprägt. Mit zunehmendem politischen Druck könnte daher die Belastbarkeit institutioneller Positionen ebenso entscheidend werden wie ihre formalen verfassungsrechtlichen Kompetenzen für die nächste Phase der politischen Entwicklung des Landes.

Regionale und internationale Folgen

Die Bedeutung der maledivischen Kommunalwahlen von 2026 reicht über die innenpolitische Ebene hinaus und besitzt auch für die weitere indo-pazifische Region sowie für europäische Partner, darunter Deutschland, erhebliche Relevanz.

Für regionale Akteure wie India und Sri Lanka bestätigt das Wahlergebnis die Malediven als einen politisch dynamischen Inselstaat, in dem das Wahlverhalten eng mit der Bewertung staatlicher Regierungsführung, klientelistischen Netzwerken und Wahrnehmungen politischer Zentralisierung verknüpft ist. Die starke Mobilisierung der Wählerschaft im Zusammenhang mit verfassungsrechtlichen Fragen verdeutlicht zugleich die Fragilität institutioneller Reformprozesse in kleineren Demokratien, in denen staatliche Handlungsfähigkeit und politische Legitimität eng miteinander verflochten bleiben. Für externe Partner signalisiert dies, dass das Engagement auf den Malediven nicht allein auf Wahlzyklen ausgerichtet sein sollte, sondern auch die tieferliegenden Dynamiken von Regierungsführung und institutioneller Entwicklung berücksichtigen muss, die politische Prioritäten und Handlungsspielräume rasch verändern können.

Für Europa und insbesondere für Deutschland als wichtigen Partner in der Entwicklungszusammenarbeit sowie im Bereich Klima- und Nachhaltigkeitspolitik unterstreichen die Wahlergebnisse die anhaltende Bedeutung institutioneller Resilienz und dezentraler Regierungsstrukturen für die politische Stabilität der Malediven. Angesichts der besonderen Verwundbarkeit des Landes gegenüber den Folgen des Klimawandels und seiner Abhängigkeit von internationaler Finanzierung für Infrastruktur- und Anpassungsmaßnahmen können Veränderungen im Verhältnis zwischen Zentralregierung und lokalen Behörden unmittelbare Auswirkungen auf die Umsetzung von Projekten und die Qualität staatlicher Steuerung haben.

Die Ablehnung von Reformen, die als Schritt hin zu einer stärkeren Machtkonzentration wahrgenommen wurden, kann zudem als Hinweis auf die Präferenz eines großen Teils der Bevölkerung für wirksamere Kontroll- und Ausgleichsmechanismen interpretiert werden. Dies entspricht in vielerlei Hinsicht den Grundsätzen europäischer Entwicklungszusammenarbeit, die auf Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und transparente Regierungsführung ausgerichtet ist. Über den konkreten Fall der Malediven hinaus zeigt die Wahl, dass selbst in kleinen Inselstaaten Fragen der Verfassungs- und Institutionengestaltung zunehmend Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden. Daraus ergeben sich wichtige Schlussfolgerungen für externe Partner hinsichtlich der Ausgestaltung ihrer Unterstützung für demokratische Konsolidierungsprozesse, Verwaltungsreformen und den langfristigen Aufbau belastbarer staatlicher Institutionen.

Zusammenfassung und Ausblick

Was von der Regierung als technische beziehungsweise verfahrensbezogene Verfassungsreform dargestellt wurde, entwickelte sich in der Praxis zu einem landesweiten Referendum über politisches Vertrauen, die zukünftige Ausrichtung der Regierungsführung und das institutionelle Machtgleichgewicht unter Präsident Mohamed Muizzu. Das Ergebnis fiel eindeutig aus. Die hohe Wahlbeteiligung widerlegte Erwartungen einer politischen Ermüdung der Wählerschaft und spiegelte stattdessen eine starke Mobilisierung in weiten Teilen der Bevölkerung wider. Die klare Ablehnung des Referendumsvorschlags signalisierte einen breiten Widerstand gegen die geplante Zusammenlegung der Wahlzyklen sowie gegen eine als problematisch empfundene Konzentration exekutiver Macht. Auf lokaler Ebene bestätigten die Wahlergebnisse diese nationale Botschaft. Zwar blieb das Kräfteverhältnis zwischen der *Maldivian Democratic Party* (MDP) und dem *People's National Congress* (PNC) bei der Gesamtzahl der Sitze vergleichsweise ausgeglichen, doch die klaren Siege der MDP in allen fünf Städten sowie ihre starke Performance bei den Ratsvorsitzen unterstrichen ihre erneuerte organisatorische Stärke und ihre breite gesellschaftliche Verankerung. Dass der PNC insbesondere in kleineren Inselgemeinden weiterhin Erfolge erzielen konnte, verdeckte eine grundlegendere Schwäche in den urbanen Zentren und bevölkerungsreichen Regionen des Landes, wo sich die politische Stimmung letztlich als besonders ausschlaggebend erwies.

Darüber hinaus legte die Wahl mehrere strukturelle Spannungen innerhalb des maledivischen Regierungssystems offen: zwischen Dezentralisierung und Zentralisierung, zwischen staatlicher Expansion und fiskalischer Nachhaltigkeit sowie zwischen einer von Patronage geprägten politischen Ökonomie und wachsenden Forderungen nach Transparenz und Rechenschaftspflicht. Das Ausmaß staatlicher Eingriffe in Beschäftigungspolitik, Wohnungsprogramme und politische Mobilisierung verstärkte zudem die Wahrnehmung, dass das Referendum Teil einer umfassenderen Strategie politischer Machtkonsolidierung gewesen sei.

Letztlich wirken die Wahlergebnisse sowohl als politische Begrenzung exekutiver Handlungsspielräume als auch als deutliches Korrektiv für die Regierung. Sie spiegeln nicht nur die Ablehnung eines einzelnen Reformvorhabens wider, sondern auch eine zunehmende kritische Auseinandersetzung der Bevölkerung mit Regierungsstil, Machtverteilung und institutioneller Entwicklung. Für die Regierung bedeutet das Ergebnis die Notwendigkeit einer politischen Neujustierung. Für die Opposition eröffnet es neue Legitimität und politischen Auftrieb. Zugleich hat das politische System gezeigt, dass die maledivische Wählerschaft weiterhin in der Lage ist, sich in großer Zahl zu mobilisieren, wenn grundlegende verfassungs- und institutionenpolitische Fragen auf dem Spiel stehen.

Mohamed Saif Fatih

Saif Fatih ist ehemaliges Mitglied des Stadtrats von Malé und engagiert sich insbesondere für transparente Regierungsführung, inklusive Stadtentwicklung und demokratische Rechenschaftspflicht. Zudem ist er Mitbegründer der wiederbelebten Publikation *Maldives Independent*, für die er die Kolumne *By Saif Fatih* verfasst und den Podcast *Ithuru Vaahaka* moderiert. In beiden Formaten trägt er zur öffentlichen Debatte über Regierungsführung, Demokratie und die politische Entwicklung der Malediven bei. Seine berufliche Laufbahn umfasst die Bereiche Journalismus, öffentliche Politikgestaltung und politische Interessenvertretung. Sie begann mit prodemokratischen Medieninitiativen auf den Malediven und führte später zu Tätigkeiten in internationalen investigativen Journalismusprojekten, der Entwicklung staatlicher Politikmaßnahmen sowie zu einem fast zwanzigjährigen Engagement in der *Maldivian Democratic Party* (MDP).

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Andreas Klein
Leiter des Regionalprogramms Politikdialog Asien
www.kas.de/politikdialog-asien

andreas.klein@kas.de



The text of this publication is published under a Creative Commons license: "Creative Commons Attribution- Share Alike 4.0 international" (CC BY-SA 4.0), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>